

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 7/78

Berlin

16. Februar 1978

45. Jahrgang

Kostendämpfung im Gesundheitswesen auch ohne Gesetz?

Im vergangenen Jahr haben sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für Leistungen gegenüber 1976 um 4,5 vH¹ erhöht und damit die geringste Steigerung seit vielen Jahren aufgewiesen. Lediglich 1967 und 1970 wurden ähnlich niedrige Raten erreicht, allerdings nur durch die Umwandlung von Barleistungen der Krankenkassen in direkte Arbeitgeberleistungen. Die deutliche Verlangsamung im Kostenanstieg hat bereits Mitte 1976 eingesetzt, also ein Jahr vor Einführung des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes². Hieraus kann jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß die Gesetzesänderungen überflüssig waren; sie zeigten vielmehr schon im zweiten Halbjahr 1977 deutliche Wirkungen und sind darüber hinaus vielfach auf die längerfristige Konsolidierung der GKV angelegt.

Die Aufwendungen der GKV für Bar- und Sachleistungen betragen 1977 über 66 Mrd. DM, wovon rund zwei Drittel auf die Allgemeine Krankenversicherung (AKV) und ein Drittel auf die Krankenversicherung der Rentner (KVdR) entfielen. Die Leistungsausgaben sind von 1970 bis 1975 jahresdurchschnittlich in der AKV um 18 vH und in der KVdR um 23 vH gestiegen. 1977 betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr bei der AKV nur noch rund 3,5 vH; bei den Rentnern waren es 6,5 vH.

Unterschiede in der Strukturentwicklung zwischen AKV und KVdR

Die Gesamtausgaben je Leistungsberechtigten (Mitglieder bzw. Rentner einschließlich Familienangehörige) haben sich mit jeweils 4,5 vH in beiden

Sparten annähernd gleich stark erhöht. In der Vergangenheit hatten demgegenüber die Gesamtausgaben der KVdR schneller expandiert als die der AKV, weil nicht nur die Zahl der Leistungsberechtigten, sondern auch die Pro-Kopf-Ausgaben kräftiger zugenommen hatten. 1977 wird allerdings insofern ein Ausnahmejahr bleiben, als die Angleichung der Steigerungsraten bei den Ausgaben je Leistungsberechtigten die einmalige Wirkung der Einführung der Kostenbeteiligung bei Arzneimitteln für Rentner³ ist. Während die Aufwendungen für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel im ersten Halbjahr 1977 in der KVdR noch um 8 vH zugenommen hatten (Vorjahresvergleich), gingen sie im zweiten Halbjahr etwa um den gleichen Prozentsatz zurück. Dieser Rückgang erklärt sich im wesentlichen daraus, daß die Aufwendungen in Höhe der Mitte 1977 eingeführten Selbstbeteiligung von den Krankenkassen auf die Privathaushalte verlagert worden sind. Ob damit zugleich eine Einschränkung des Arzneimittelverbrauchs bewirkt wurde, läßt sich zur Zeit nicht feststellen.

Bei den zwei anderen großen Leistungspositionen (ärztliche Behandlung und Krankenhauspflege) stie-

¹ Die Angaben für das Jahr 1977 sind Schätzwerte, die auf der Basis der vorläufigen Halbjahresergebnisse für die gesamte GKV und der ersten drei Quartale für die Ortskrankenkassen ermittelt wurden.

² Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz – KVKG) vom 27. 6. 1977.

³ Die Art der Kostenbeteiligung wurde grundsätzlich geändert: 1 DM je verordnetes Arzneimittel. Ab 1. 7. 1977 sind grundsätzlich nur noch Kinder im Rahmen der Familienkrankenpflege befreit.

Entwicklung ausgewählter Leistungsarten der gesetzlichen Krankenversicherung
Veränderung in vH

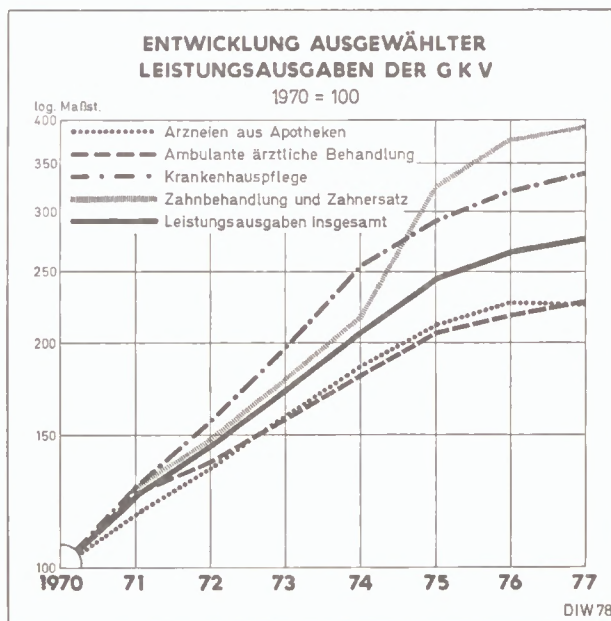
	GKV			AKV			KVdR		
	JD ¹⁾ 70-75	76/ 75	77/ ²⁾ 76	JD ¹⁾ 70-75	76/ 75	77/ ²⁾ 76	JD ¹⁾ 70-75	76/ 75	77/ ²⁾ 76
Behandlung durch Ärzte	15,6	5,9	4,5	14,4	3,6	3,5	18,5	11,2	7,0
Behandlung durch Zahnärzte	19,3	4,1	7,5	19,4	4,0	7,5	18,2	5,1	8,5
Behandlung durch sonst. Heilpers.	65,4	31,9	29,5	63,2	27,8	22,0	70,0	37,5	40,5
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken	16,1	8,3	0,5	14,1	5,8	1,0	18,4	11,0	0,0
von sonst. Stellen	31,1	18,3	12,0	29,6	16,5	11,0	34,3	21,8	13,5
Zahnersatz	38,2	27,1	1,5	40,2	32,4	1,0	33,3	11,3	3,0
Krankenhauspflege	23,9	9,8	6,0	22,2	7,6	3,5	26,8	13,2	10,0
Barleistungen (Krankenpflege)	13,6	1,5	3,0	13,6	1,5	3,0	-	-	-
Vorbeugung und Verhütung ³⁾	33,7	-13,1	1,5	31,3	-13,8	0,0	41,4	-11,2	5,0
Leistungen insgesamt	19,5	9,3	4,5	18,1	8,1	3,5	23,0	11,8	6,5

1) Jahresdurchschnittliche Zuwachsrate.- 2) Geschätzt, auf halbe Prozentpunkte gerundet.- 3) Ab 1973 einschl. Früherkennungsmaßnahmen.

gen auch 1977 die Aufwendungen je Leistungsberechtigten in der KVdR stärker als in der AKV. Diese Tendenz wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit ab Mitte dieses Jahres auch wieder bei den gesamten Pro-Kopf-Ausgaben durchsetzen, wenn der durch die Einführung der Selbstbeteiligung für Rentner bedingte Niveaueffekt fortfällt.

Dämpfung des Ausgabenanstiegs durch Verträge, Kontrollen und Kostendiskussion

Das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz konnte sich frühestens von Mitte 1977 an und dann auch nur in den Leistungsbereichen „Arzneien, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken“ und „Zahnersatz“⁴ entscheidend auswirken. Dennoch hat sich die Aufwärtsentwicklung bei zahlreichen Ausgabenarten – teilweise schon 1976 – merklich verlangsamt (vgl. Tabelle: Entwicklung ausgewählter Leistungsarten). Die Ursachen hierfür können wegen der noch ausstehenden Statistiken zwar noch nicht detailliert analysiert werden; es lassen sich aber einige Gründe für das Abklingen des insbesondere in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts außerordentlich steilen Ausgabenanstiegs anführen. Bereits Anfang der siebziger Jahre begann eine kritische Diskussion der Ausgabenentwicklung der GKV, die nicht ohne Einfluß auf politische Gruppen (Gewerkschaften, Parteien) und auf die Selbstverwaltungsorgane der Krankenkassen blieb. Als 1974 – zunächst allmählich und danach verstärkt – Arbeits-



losigkeit und geringere Zuwachsraten der Arbeits-einkommen die Finanzierung der GKV erschwerten und die ständigen Beitragssatzsteigerungen auf

⁴ Begrenzung der Erstattung von Zahnersatz auf höchstens 80 vH der Kosten. Diese Regelung wirkt sich nur bei den Kassen aus, die bisher durch Satzungsbeschluß einen höheren Erstattungssatz (zum Teil bis 100 vH) festgelegt hatten.

Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 1970 bis 1977

	Gesamtaufwendungen in Mill. DM				Aufwendungen je Leistungsberechtigten ¹⁾ in DM			
	1970	1975	1976	1977 ²⁾	1970	1975	1976	1977 ²⁾
Gesetzliche Krankenversicherung insgesamt								
Behandlung durch Ärzte	5 457,9	11 258,5	11 923,1	12 469	103,25	201,87	214,56	224,90
Behandlung durch Zahnärzte	1 708,1	4 129,5	4 297,1	4 623	32,31	74,04	77,33	83,40
Behandlung durch sonst. Heilpersonen	1,8	21,7	28,6	37	0,03	0,39	0,51	0,70
Arzneien, Heil-u. Hilfsmittel aus Apotheken	4 224,0	8 901,4	9 642,2	9 700	79,91	159,61	173,51	174,90
Arzneien, Heil-u. Hilfsmittel von and.Stellen	667,2	2 582,0	3 053,8	3 415	12,62	46,30	54,95	61,60
Zahnersatz	828,2	4 180,1	5 312,4	5 388	15,67	74,95	95,60	97,20
Krankenhauspflge	6 009,4	17 534,2	19 255,8	20 450	113,68	314,40	346,51	368,80
Barleistungen (Krankenpflege)	2 467,4	4 664,2	4 732,9	4 870	46,68	83,63	85,17	87,80
Fürsorge für Genesende	27,1	50,2	51,3	51	0,51	0,90	0,92	0,90
Maßnahmen der Vorbeugung u. Verhütung	248,1	1 059,1	920,8	934	4,69	18,99	16,57	16,80
Mutterschaftshilfe	1 101,1	1 689,2	1 774,4	1 789	20,83	30,29	31,93	32,30
Sonstige	1 108,8	2 100,4	2 595,4	2 797	20,98	37,66	46,71	50,40
Ausgaben für Leistungen insgesamt	23 849,1	58 170,5	63 587,8	66 521	451,16	1 043,04	1 144,28	1 199,70
Allgemeine Krankenversicherung								
Behandlung durch Ärzte	3 994,7	7 835,9	8 116,5	8 398	91,90	176,34	184,57	192,50
Behandlung durch Zahnärzte	1 563,9	3 796,6	3 947,3	4 240	35,98	85,44	89,76	97,20
Behandlung durch sonst. Heilpersonen	1,3	13,3	17,0	21	0,03	0,30	0,39	0,50
Arzneien, Heil-u. Hilfsmittel aus Apotheken	2 377,6	4 607,6	4 876,3	4 930	54,70	103,69	110,88	113,00
Arzneien, Heil-u. Hilfsmittel von and.Stellen	465,9	1 701,2	1 981,3	2 199	10,72	38,28	45,05	50,40
Zahnersatz	577,4	3 126,3	4 139,9	4 180	13,28	70,36	94,14	95,80
Krankenhauspflge	3 869,1	10 522,5	11 317,1	11 720	89,01	236,81	257,35	268,60
Barleistungen (Krankenpflege)	2 467,4	4 664,2	4 732,9	4 870	56,77	104,97	107,63	111,60
Fürsorge für Genesende	22,6	34,9	34,9	32	0,52	0,79	0,79	0,70
Maßnahmen der Vorbeugung u. Verhütung	195,7	763,1	658,0	658	4,50	17,17	14,96	15,10
Mutterschaftshilfe	1 099,2	1 684,8	1 769,5	1 784	25,29	37,92	40,24	40,90
Sonstige	638,2	930,6	1 320,6	1 444	14,68	20,94	30,03	33,10
Ausgaben für Leistungen insgesamt	17 273,0	39 681,0	42 911,3	44 476	397,39	893,01	975,79	1 019,50
Krankenversicherung der Rentner								
Behandlung durch Ärzte	1 463,2	3 422,7	3 806,6	4 071	155,72	301,95	328,32	344,30
Behandlung durch Zahnärzte	144,2	332,8	349,8	380	15,35	29,36	30,17	32,10
Behandlung durch sonst. Heilpersonen	0,5	8,4	11,6	16	0,05	0,74	1,00	1,40
Arzneien, Heil-u. Hilfsmittel aus Apotheken	1 846,4	4 293,9	4 765,9	4 770	196,50	378,81	411,07	403,50
Arzneien, Heil-u. Hilfsmittel von and.Stellen	201,5	880,8	1 072,5	1 216	21,44	77,70	92,51	102,90
Zahnersatz	250,8	1 053,8	1 172,6	1 208	26,70	92,97	101,14	102,20
Krankenhauspflge	2 140,4	7 011,8	7 938,7	8 730	227,80	618,60	684,72	738,40
Barleistungen (Krankenpflege)	-	-	-	-	-	-	-	-
Fürsorge für Genesende	4,5	15,3	16,4	19	0,48	1,35	1,41	1,60
Maßnahmen der Vorbeugung u. Verhütung	52,3	296,0	262,8	276	5,57	26,12	22,67	23,30
Mutterschaftshilfe	1,9	4,4	4,9	5	0,20	0,39	0,42	0,40
Sonstige	470,5	1 169,5	1 274,8	1 354	50,07	103,18	109,95	114,50
Ausgaben für Leistungen insgesamt	6 576,2	18 489,4	20 676,6	22 045	699,90	1 631,18	1 783,38	1 864,60

1) Mitglieder, Rentner und Familienangehörige - geschätzt.- 2) Geschätzt.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und eigene Berechnungen.

zunehmende öffentliche Kritik stießen, sahen sich die Krankenkassen veranlaßt, ihre Verhandlungsmacht energisch auszunutzen. Ärzte und Krankenhäuser wurden dadurch gezwungen, ihr Verhalten unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu überprüfen und ihre Forderungen eingehender zu begründen.

In dieser Situation kam es erstmals für 1976 zwischen den Bundesverbänden der sogenannten RVO-Kassen⁵ (ohne Ersatzkassen) und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zu einer Vereinbarung über den Zuwachs der *Gesamtvergütung für ärztliche Behandlung*; sie regelte die Honorarerhöhung und setzte zugleich eine Obergrenze für die Ausweitung der Leistungsmengen. Diese Regelung erwies sich

als außerordentlich wirksam, der Ausgabenzuwachs blieb sogar unterhalb des Limits.

Für *Arzneimittelverordnungen* bestand keine entsprechende Vereinbarung; dennoch war auch in diesem Bereich schon 1976 eine leichte, 1977 dann eine beträchtliche Zurückhaltung zu verzeichnen. Die niedergelassenen Ärzte scheinen im vergangenen Jahr sowohl weniger als auch preisbewußter verschrieben zu haben. Für die systematische Kontrolle dieses Ausgabenbereiches wäre es nützlich, wenn die Krankenkassen nähere Informationen über diesen – möglicherweise nur vorübergehenden – Wan-

⁵ RVO: Reichsversicherungsordnung.

del der Verschreibungsgewohnheiten in die gesundheitspolitische Diskussion einbringen könnten.

Die exorbitante Steigerung bei den Aufwendungen für *Zahnersatz*, die sich innerhalb von zwei Jahren (1974 bis 1976) um 150 vH erhöht hatten, hat sich nicht mehr fortgesetzt. Den Versicherten war 1974 durch die Rechtsprechung die Möglichkeit eröffnet worden, aufgrund geänderter Anspruchsgrundlagen einen Nachholbedarf zu decken; andererseits hatte diese plötzliche Mehrnachfrage auch erhebliche Preiserhöhungen seitens der Anbieter zur Folge.

Die Aufwendungen für *Krankenhausbehandlung* waren als Folge des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und aufgrund erheblicher Steigerungen im Personalaufwand bis zur ersten Jahreshälfte 1975 kräftig gestiegen. Durch Wirtschaftlichkeitskontrollen seitens der Länder, geringere Steigerungen der Personalkosten und durch informativere – wenn auch immer noch nicht ausreichende – Kostennachweise als Grundlage für Pflegesatzverhandlungen wurde auch auf diesem Sektor der Kostenauftrieb außergewöhnlich kräftig gebremst. Entscheidend dürfte dazu eine geringere Inanspruchnahme stationärer Behandlung zumindest in der Allgemeinen Krankenversicherung beigetragen haben.

Immer noch rasch erhöhten sich 1977 die Ausgaben für „Behandlung durch sonstige Heilpersonen“ und die „Arzneien, Heil- und Hilfsmittel von anderen Stellen“. Während die erste Position wegen ihres geringen Anteils an den Gesamtaufwendungen bisher noch keine Rolle spielt, hat die zweite mit einem Anteil von 5 vH ein größeres Gewicht. Sie umfaßt sehr heterogene Leistungen wie Massagen, Brillen, Hörgeräte, Prothesen, Heimdialysegeräte. Die weit überdurchschnittlichen Ausgabenerhöhungen sind hier teils darauf zurückzuführen, daß mehr und mehr teure Geräte (Heimdialyse) angeschafft werden; auch unkontrollierte Preiserhöhungen haben eine Rolle gespielt.

Vorübergehende Einnahmenüberschüsse

In den Jahren 1976 und 1977 überstiegen die Beitragseinnahmen die Leistungsausgaben um jeweils knapp 4 Mrd. DM; 1975 hatten die Einnahmen die Ausgaben gerade ausgeglichen⁶. Ursache hierfür war, daß der Umschwung in der Ausgabenentwicklung ziemlich unerwartet eintrat und die Selbstverwaltungsorgane der Kassen Beitragssatzerhöhungen noch unter dem Eindruck der Ausgabenexpansion beschlossen hatten. Im Jahr 1977 wäre der Überschuß beträchtlich höher ausgefallen, wenn nicht von der Mitte des Jahres an die Beiträge der Rentenversicherungsträger zur Krankenversicherung der Rentner gekürzt worden wären.

Wurden 1976 noch 76 vH der Leistungsausgaben der KVdR aus eigenen Beitragseinnahmen, d. h. im wesentlichen aus Zahlungen der Rentenversicherungsträger, gedeckt, so waren es 1977 nur noch etwa zwei Drittel; im laufenden Jahr wird die Deckungsquote fast auf die Hälfte sinken. Weil die KVdR-Beiträge mit einem festen Beitragssatz an die Rentenausgaben gebunden sind, wird diese Deckungsquote auch in den Folgejahren weiter zurückgehen, wenn die Ausgaben der KVdR schneller als die Rentenzahlungen steigen. Die derzeitigen Überlegungen zur Reduzierung der Rentenanpassungen in den nächsten Jahren sind deshalb auch für die Finanzen der KVdR und – wegen der Defizitdeckung durch die AKV – für die Beitragssatzentwicklung der Krankenversicherung von Bedeutung.

Im laufenden Jahr, in dem die Kürzung der Beitragszahlungen seitens der Rentenversicherung erstmals voll wirkt, wird sich das derzeitige Beitragssatzniveau nur dann etwa beibehalten lassen, wenn die Ausgabenentwicklung insgesamt ähnlich gemäßigt ist wie 1977. Damit werden einige Neuregelungen des Kostendämpfungsgesetzes unmittelbar auf die Probe gestellt.

Kurz- und längerfristige Wirkungen des KVKG

Das „Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung“ verfolgt mehrere Ziele und enthält eine Vielzahl von Neuregelungen⁷, die u. a. folgende Bereiche betreffen:

- Der *versicherte Personenkreis* wird durch die Neuordnung der Pflichtmitgliedschaft in der KVdR und durch Einschränkung der im Rahmen der Familienhilfe mitversicherten Familienangehörigen betroffen. Pflichtmitglied in der KVdR – und damit im Rahmen des Solidarausgleichs durch die Mitglieder begünstigt – sollen nur Personen werden, die während ihres Erwerbslebens überwiegend Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung waren. Aus der beitragsfreien Familienhilfe sollen Personen mit eigenem Einkommen (Mindesthöhe 1978: 390 DM monatlich) ausgeschlossen werden. Beide Regelungen sind im Grundsatz unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten zu begrüßen und entlasten die Krankenversicherung finanziell: entweder durch Ausscheiden des Risikos oder durch beitragspflichtige Versicherung.

⁶ Diese Werte sind nicht identisch mit den Überschüssen des Jahresabschlusses, die noch sonstige Einnahmen (z. B. Erstattungen) und Ausgaben (Verwaltung) enthalten.

⁷ Einen guten Überblick über Ziele, angestrebte Wirkungen, über den parlamentarischen Entstehungsprozeß und über Interpretationsschwierigkeiten des Gesetzes geben mehrere Autoren in: Die Ortskrankenkasse, Heft 1/2 – 1978, S. 3 ff.

– Das *Leistungsrecht* wird durch zahlreiche Vorschriften berührt: Kostenbeteiligung bei Arzneimitteln, bei Zahnersatz, Zahnkronen und kieferorthopädischer Behandlung; Ausschluß bestimmter Arznei-, Verbands- und Heilmittel („Bagatell-Indikationen“) von der Leistung; Neuordnung der Hauskrankenpflege und der Kostenerstattung für Haushaltshilfe; strengere Voraussetzungen für Zuschüsse zu Kuren. Ziel dieser Gesetzesänderungen ist es vor allem, ineffiziente Leistungen der Krankenversicherung einzuschränken, sei es durch Ausschluß von ineffektiven Leistungen (bestimmte Kuren, Ersatz von Krankenhauspflege durch Hauskrankenpflege) oder durch ökonomische Motivierung des Versicherten zu verantwortungsbewußtem Handeln (Kieferorthopädie, Zahnersatz). Ziel und tatsächliche Wirkung dürften allerdings gerade bei der Kostenbeteiligung vielfach nicht übereinstimmen. Zwar wird die Krankenkasse finanziell entlastet, ob aber einerseits der unnötige Verbrauch eingeschränkt und andererseits im Einzelfall – trotz Härteklauseel (z. B. bei Zahnersatz) – nicht sogar die nötige Inanspruchnahme vermieden wird, sollte in den nächsten Jahren sorgfältig geprüft werden.

Zur Steuerung des gesamten Arzneimittelaufwands im ambulanten Bereich der GKV sollen Höchstbeträge für einen bestimmten Zeitraum zwischen den Landesverbänden der Krankenkassen und den Kassenärztlichen Vereinigungen vereinbart werden.

– Das *Vertrags- und Prüfungsrecht* ist mit dem Ziel umgestaltet worden, die Informations- und Kontrollrechte der Krankenkassen zu stärken. Durch gesetzliche Fixierung von Verhandlungsebenen (Landes- und Bundesverbände) wurden die Verhandlungsbefugnisse der einzelnen Krankenkassen eingeschränkt, wodurch die Verhandlungsmacht der GKV insgesamt erhöht und zu große regionale Rechtsunterschiede vermieden werden sollen. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß bis zum 1. 7. 1978 ein für die gesamte GKV einheitlicher „Bewertungsmaßstab“⁸ für kassenärztliche und zahnärztliche Leistungen zu entwickeln ist. Einzelne Landesverbände oder Kassenarten können auch danach zwar noch unterschiedliche Honorare je Punkt vereinbaren, jedoch nicht durch Veränderung der Bewertungsstruktur den Vergleich von Honorarvereinbarungen nahezu verhindern. Die Ergebnisse von Honorarverhandlungen werden damit bedeutend transparenter.

– Mit der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen“ wurde ein neues Gremium geschaffen, das „1. medizinische und wirtschaftliche Orientierungsdaten und 2. Vorschläge zur Rationalisierung,

Erhöhung der Effektivität und Effizienz im Gesundheitswesen“⁹ entwickeln und unter den Beteiligten abstimmen soll. Es bleibt abzuwarten, ob angesichts der großen Zahl der Beteiligten und deren widerstreitender Interessen diese Aufgabe erfüllt werden kann. Zumindest ist jedoch damit zu rechnen, daß die mit dieser Institution verbundene Publizität die gesundheitspolitische Diskussion in der Öffentlichkeit anregt und gesundheitspolitische Entscheidungsprozesse transparenter macht.

Der Krankenhaussektor wird vom KVKG weitgehend unberührt gelassen, wenn man von der Einbeziehung der Krankenhausträger in die „Konzertierte Aktion“ absieht. Zur Zeit wird eine Novelle zum Krankenhausfinanzierungsgesetz vorbereitet.

Ausblick

Die Wirkungen, die im laufenden Jahr vom KVKG ausgehen werden, sind nur schwer abzuschätzen. Die gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich weiter abgeschwächte Steigerung der Einkommen und die Kürzung der Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner geben den Krankenkassen von der Einnahmenseite her nur wenig Spielraum zu Konzessionen bei Preis- und Honorarverhandlungen. Die erste Bewährungsprobe wird die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen damit bereits bis Ende März zu bestehen haben. Bis zu diesem – gesetzlich fixierten – Termin hat sie erstmals „Empfehlungen, insbesondere über die angemessene Veränderung der Gesamtvergütungen (Aufwendungen für die kassenärztliche Versorgung – der Verf.) und der Arzneimittelhöchstbeträge abzugeben“ (§ 405a RVO).

Eine zweite kritische Klippe – vor allem auch wegen der mittelfristigen Wirkung – wird die Einigung über je einen gemeinsamen Bewertungsmaßstab für Kassenärzte und für Kassenzahnärzte darstellen. Mit der Fixierung einer Wertstruktur – unabhängig vom absoluten monetären Niveau – werden nämlich zugleich Leistungsstrukturen und Einkommenschancen aller Ärzte oder bestimmter Fachgruppen vorgeprägt. Der Bewertungsmaßstab sollte keine ineffektiven Leistungen enthalten, keine kostendeckende Finanzierung unwirtschaftlicher Verfahrensweisen (z. B. Labors in Einzelpraxen) ermöglichen, die Angleichung der Einkommensverhältnisse

⁸ Der „Bewertungsmaßstab“ enthält die im Rahmen der kassenärztlichen (zahnärztlichen) Versorgung zu vergütenden Leistungen, die jeweils mit Punkten bewertet sind. Honorarverhandlungen finden dann über den Preis eines Punktes statt.

⁹ Zu den Begriffen „Effektivität“ und „Effizienz“ vgl. Peter Rosenberg: Gesundheitswesen – Internationale Kostenvergleiche. In: Bundesarbeitsblatt, Heft 1/2-1978, S. 25 f.

zwischen verschiedenen Facharztgruppen fördern und in vermehrtem Umfang — anstelle von Einzelleistungen — exakt definierte Leistungskomplexe enthalten. Unter kurzfristigem Aspekt muß vor allem vermieden werden, daß die Einführung des Bewertungsmaßstabes zu unbeabsichtigten Honorarerhöhungen führt.

Bei Arzneimitteln sollte auch 1978 eine Steigerung der Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr weitgehend vermieden werden können, indem kurzfristig eine Einigung über solche Arzneien, Heil- und Hilfsmittel herbeigeführt wird, die kassenärztlich nicht verordnet werden dürfen. Eine Stagnation der Ausgaben für Arzneimittel seitens der GKV bedeutet im übrigen nicht gleichzeitig eine Stagnation des Verbrauchs, sondern wegen der Regelung über „Bagatellmittel“ und über die Kostenbeteiligung der Rentner zunächst eine Verlagerung der Finanzierung auf Privathaushalte. Übernehmen diese die Belastung

zusätzlich zu ihren bisherigen Aufwendungen, dann steigen die Pharmaumsätze insgesamt noch weiter.

Die Aufwendungen für Krankenhauspflege werden im laufenden Jahr nur dann auf der niedrigen Steigerungsrate des Vorjahres gehalten werden können, wenn die Inanspruchnahme (Krankenhaushäufigkeit und Verweildauer) weiter gesenkt und gleichzeitig Überkapazitäten abgebaut werden.

Wenn im laufenden Jahr nennenswerte Erhöhungen der Beitragssätze in der GKV vermieden werden sollen, dann setzt dies eine Begrenzung des Anstiegs der gesamten Leistungsausgaben auf etwa 5 vH voraus. Selbst bei Einhaltung dieser groben Orientierungsgröße muß aber damit gerechnet werden, daß — wegen der großen Unterschiede in Risiko- und Finanzierungsstrukturen zwischen den Kassen — einzelne Beitragssatzerhöhungen vorgenommen werden.

Keine Besserung der Lage am Arbeitsmarkt

Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1977

Nachdem der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigtenzahl, der insgesamt nur gut ein Jahr zu verzeichnen war, schon im zweiten Quartal 1977 von einem erneuten Rückgang abgelöst worden war, ist die Beschäftigung im Berichtsquartal weiter geschrumpft. Die Arbeitslosenzahl blieb dabei saisonbereinigt ständig über der Millionengrenze.

Obwohl die Anhebung der Tarifsätze in der Lohnrunde 1977 stärker war als im Jahr zuvor, hat sich bei nachlassender Konjunktur die Zunahme der effektiven Vergütung von Quartal zu Quartal verlangsamt. Die Lohndrift hatte im Berichtsquartal – erstmals wieder seit Ende 1975 – ein negatives Vorzeichen. Dennoch nahm der Kostendruck in der Wirtschaft nur leicht ab. Die Lohnstückkosten waren im dritten Quartal sowohl in der Industrie als auch in der Gesamtwirtschaft um 4,5 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Im zweiten Quartal war das Vorjahrsniveau um fast 6 bzw. 5 vH übertroffen worden.

Arbeitsmarkt

Nach der unerwarteten Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Verlauf des ersten Halbjahres 1977 blieb die Situation im dritten Quartal bei hoher Unterbeschäftigung labil: Die Zahl der offenen Stellen nahm gegenüber dem Vorquartal kaum zu und war nur geringfügig höher als ein Jahr zuvor. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen verharrte auf ihrem hohen Stand; in allen Sommermonaten war sie größer als zur entsprechenden Vorjahrszeit. Die Zahl der Kurzarbeiter nahm dagegen im Laufe des Berichtsquartals stärker als saisonüblich zu.

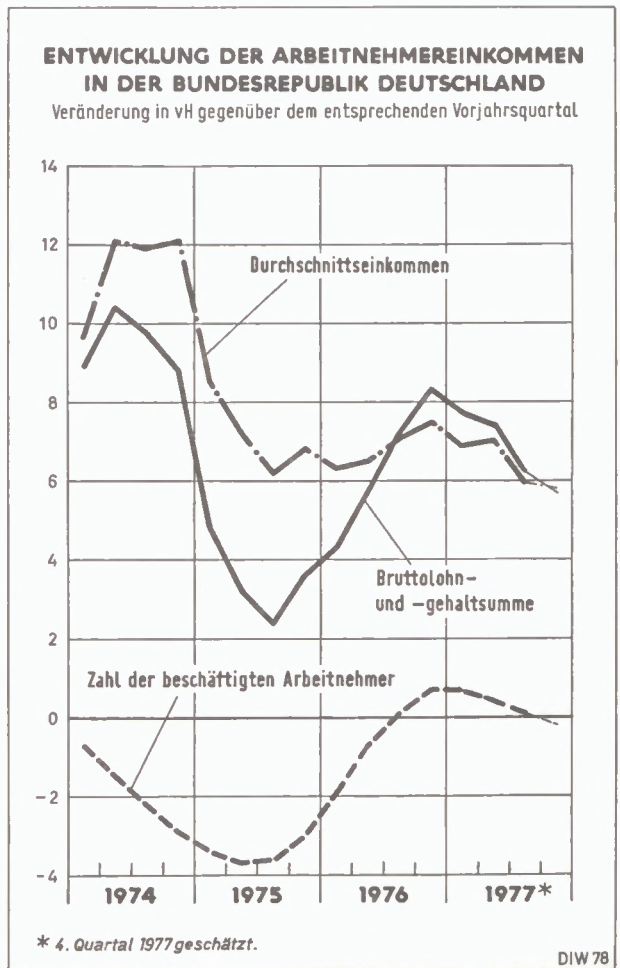
Eine Analyse der Bundesanstalt für Arbeit¹ zum Erhebungstermin Ende September 1977 gibt Einblick, welche Bevölkerungsgruppen von der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind:

– Stark zugenommen hat wiederum die Zahl der vor ihrer Meldung noch nicht erwerbstätig gewesenen Arbeitslosen; sie stieg auf 79 000 (Ende Mai 58 000); davon waren 50 000 Personen Abgänger von Fach-, Berufsfach-, Fachhoch- und Hochschulen sowie des allgemeinbildenden Schulsystems. Hatte der Anteil der Arbeitslosen ohne vorherige Berufstätigkeit im September 1974 erst knapp 6 vH an der damals noch wesentlich niedrigeren Gesamtzahl der Arbeitslosen betragen,

so belief er sich im September 1977 bereits auf fast 9 vH.

– Hinsichtlich der Schul- oder der Berufsausbildung ist der Strukturwandel der Arbeitslosigkeit nicht einheitlich. Gegenüber dem Vorjahr hat der Anteil der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung zwar leicht, auf 53 vH, zugenommen; im Vergleich zum September 1975 (58 vH) war er aber geringer. Weniger als früher stellt hochqualifizierte Ausbildung einen besonderen Schutz gegen Arbeitslosigkeit dar: Ende September 1977 waren von den Arbeitsämtern rund 24 000 Arbeitslose mit abgeschlossener Hoch-

¹ Erste Ergebnisse der Sonderuntersuchung über Arbeitslose und offene Stellen von Ende September 1977. Nürnberg, 20. Dezember 1977 und 12. Januar 1978.



Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl¹⁾
In 1000 Personen

	1974	1975				1976				1977		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Land- u. Forstwirtsch.	275	273	271	269	268	268	267	265	265	264	262	259
Produz. Gewerbe	11 144	10 924	10 720	10 575	10 477	10 456	10 453	10 451	10 469	10 464	10 415	10 386
dar.: Industrie	8 417	8 262	8 101	7 966	7 879	7 839	7 827	7 826	7 845	7 863	7 842	7 831
Baugewerbe	1 611	1 550	1 506	1 496	1 480	1 492	1 495	1 486	1 478	1 450	1 415	1 388
Handel und Verkehr	4 166	4 128	4 097	4 078	4 067	4 071	4 072	4 078	4 085	4 085	4 085	4 079
Dienstleistungen	6 285	6 310	6 336	6 362	6 391	6 432	6 473	6 510	6 544	6 560	6 589	6 608
Beschäftigte, gesamt	21 870	21 635	21 425	21 285	21 203	21 228	21 265	21 304	21 362	21 373	21 350	21 332

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

schul Ausbildung gemeldet, 17 vH mehr als ein Jahr zuvor. Der Anteil der Arbeitslosen aus Angestelltenberufen hat sich inzwischen auf 42 vH (September 1974: 33 vH) erhöht, während der Anteil der Arbeitslosen aus gewerblichen Berufen gesunken ist.

- Der Anteil der arbeitslosen Frauen hat gegenüber dem Vorjahr weiter, von 51 auf 53 vH, zugenommen; die spezifische Arbeitslosenquote war mit 5,7 vH erheblich höher als die der Männer (3,0 vH). 179 000 Arbeitslose – überwiegend Frauen – fragten nur Teilzeitarbeit nach.
- Die altersspezifischen Quoten zeigen, daß Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere die der Berufsanfänger, weiterhin überdurchschnittlich zunimmt. Die höchste Arbeitslosenquote ergab sich im September für Personen im Alter von 20 bis 25 Jahren (6,2 vH), die niedrigste für die 45 bis 50 Jahre alten Personen (2,7 vH). Die zusammengefaßten Altersgruppen bis unter 30 Jahre hatten eine Arbeitslosenquote von 5,5 vH, die 30 bis 55jährigen lediglich eine Quote von 3 vH. Über dem Durchschnitt lag mit 5,6 vH die Arbeitslosenquote der Personen im Alter von 55 bis 60 Jahren; sie bilden eine weitere Problemgruppe des Arbeitsmarktes.
- Das Strukturbild nach der Dauer der Arbeitslosigkeit ist ebenfalls ungünstiger geworden: Der Anteil der Personen, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind, hat binnen Jahresfrist von 4,3 vH auf 6,9 vH zugenommen.

Beschäftigung

Die nach dem starken Beschäftigtenrückgang der Jahre 1974 und 1975 zu beobachtende leichte Zunahme der Beschäftigtenzahl hat nur kurze Zeit angehalten: Vom vierten Quartal 1975 bis zum ersten

Quartal 1977 sind per Saldo saisonbereinigt lediglich 170 000 zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt worden. Im zweiten Vierteljahr 1977 ist die Beschäftigtenzahl erstmals wieder – um rund 25 000 – gesunken; die Schrumpfungstendenz hat sich im Berichtsquartal nahezu unvermindert (– 18 000) fortgesetzt. Das Niveau der entsprechenden Vorjahrsperiode ist dabei gerade noch gehalten worden.

In der Industrie sank die Beschäftigtenzahl saisonbereinigt um 11 000: Einer leichten Zunahme in der Investitionsgüterindustrie (+ 3 000) stand eine weitere Reduzierung des Beschäftigtenstandes in den übrigen Bereichen, vor allem in der Grundstoffindustrie (– 10 000), gegenüber. Lediglich im Fahrzeugbau und in der Holzverarbeitung kam es zu Neueinstellungen. Dagegen nahm die Zahl der Entlassungen in der eisenschaffenden Industrie, den Gießereien, der Stahlverformung sowie im Schiffbau noch zu.

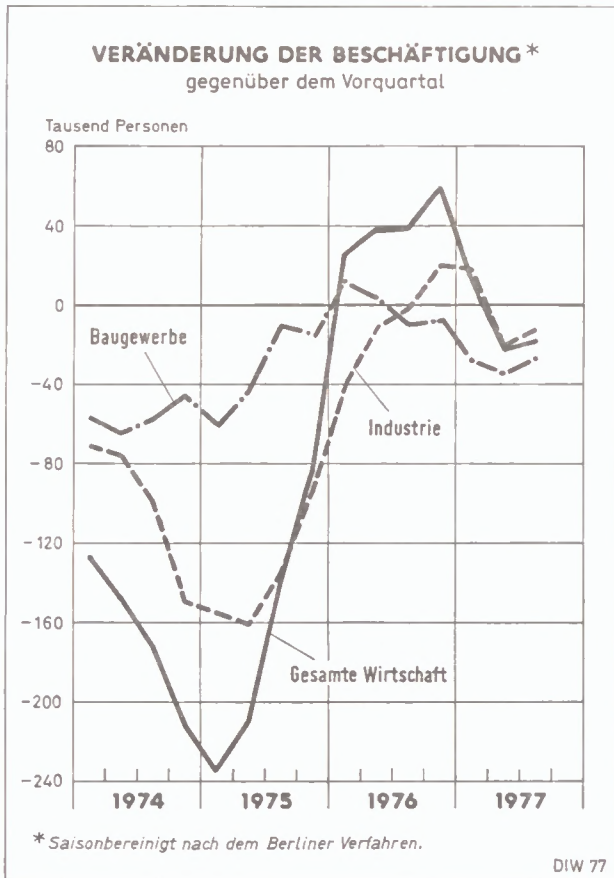
In der Bauwirtschaft hat das Konjunkturprogramm vom August 1975 den schon 1971 eingeleiteten starken Beschäftigungsabbau nur für kurze Zeit aufhalten können: Lediglich in der ersten Jahreshälfte 1976 konnte hier eine geringe Zunahme (um 15 000) erreicht werden. Im Berichtsquartal ging die Beschäftigtenzahl um 27 000 zurück; erstmals waren damit bei den Unternehmen der Bauwirtschaft saisonbereinigt weniger als 1,4 Millionen Arbeitnehmer beschäftigt (Höchststand 1971: 1,935 Millionen).

Das produzierende Handwerk zeichnet sich dagegen durch eine weiterhin günstige konjunkturelle Entwicklung aus. Seit Beginn des Jahres 1976 wurden Neueinstellungen nicht unbeträchtlichen Umfangs vorgenommen. Wieder labiler wurde indes die Entwicklung im Handel: Hier mußte im Berichtsquartal erstmals seit Ende 1975 wieder ein geringer Rückgang hingenommen werden. Das Niveau der entsprechenden Vorjahrsperiode wurde aber noch um 0,6 vH überschritten. Im Verkehrsbereich kam es

Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland²⁾ im 3. Quartal 1977

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegenüber Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu-bildende	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu-bildende				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1 000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	193	142	25	26	84	69	6	9	277	-2,0	-2,3	-2,1
Bergbau	232	183	39	10	7	2	5	0	239	-2,9	.	-2,8
Energiewirtschaft	192	124	62	6	23	6	17	0	215	0,0	0,0	0,0
Grundst.-u. Produktionsg.-I.	1 295	926	330	39	294	143	138	13	1 589	-1,4	-1,0	-1,3
Investitionsgüter-Industrie	2 689	1 779	751	159	947	618	301	28	3 636	1,1	0,5	0,9
Verbrauchsgüter-Industrie	876	650	197	29	836	682	128	26	1 712	0,1	-0,7	-0,3
Nahrungs- u. Genußmittel-Ind.	298	198	95	5	166	118	45	3	464	1,4	0,6	1,1
Industrie, gesamt	5 582	3 860	1 474	248	2 273	1 569	634	70	7 855	0,2	-0,1	0,1
Handwerk u. sonst. Kleingew.	900	635	107	158	274	104	127	43	1 174	2,6	2,2	2,5
Baugewerbe	1 344	1 098	120	126	90	12	70	8	1 434	-6,5	-4,3	-6,4
Produzierendes Gewerbe	7 826	5 593	1 701	532	2 637	1 685	831	121	10 463	-0,8	-0,0	-0,6
Handel	1 292	496	638	158	1 398	229	982	187	2 690	0,6	0,6	0,6
Verkehr 3)	1 142	499	597	46	248	82	158	8	1 390	-1,0	-2,0	-1,1
Handel und Verkehr	2 434	995	1 235	204	1 646	311	1 140	195	4 080	-0,1	0,2	0,0
Öffentlicher Dienst 4)	2 428	403	1 988	37	1 087	228	829	30	3 515	1,0	0,8	1,0
Geld-, Bank-u. Vers.-wesen	387	14	334	39	350	27	292	31	737	2,4	2,3	2,4
Gaststättenwesen	152	89	46	17	249	156	85	8	401	1,3	0,8	1,0
Häusliche Dienste	1	-	1	-	251	167	73	11	252	.	-0,8	-0,8
Dienstleistungshandwerk 5)	98	75	14	9	390	285	55	50	488	5,4	4,8	4,9
Sonst. Dienstleistungen 6)	411	101	280	30	804	190	554	60	1 215	2,0	1,9	1,9
Dienstleistungen, gesamt	3 477	682	2 663	132	3 131	1 053	1 888	190	6 608	1,4	1,6	1,5
Insgesamt	13 930	7 412	5 624	894	7 498	3 118	3 865	515	21 428	-0,1	0,7	0,1
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) ⁷⁾												
Land- und Forstwirtschaft	831	606	196	29	260	221	30	9	1 091	4,4	4,4	4,4
Bergbau	1 686	1 215	459	12	45	10	35	0	1 731	-0,6	.	-0,5
Energiewirtschaft	1 531	932	592	7	150	28	122	0	1 681	7,7	7,1	7,7
Grundst.-u. Produktionsg.-I.	10 346	6 548	3 746	52	1 637	670	951	16	11 983	3,8	5,0	4,0
Investitionsgüter-Industrie	21 392	13 050	8 133	209	5 197	3 067	2 095	35	26 589	7,3	6,9	7,3
Verbrauchsgüter-Industrie	5 924	3 999	1 886	39	3 660	2 834	793	33	9 584	6,1	5,4	5,8
Nahrungs- u. Genußmittel-Ind.	2 196	1 281	909	6	746	459	284	3	2 942	5,6	5,2	5,5
Industrie, gesamt	43 075	27 025	15 725	325	11 435	7 068	4 280	87	54 510	5,9	6,0	5,9
Handwerk u. sonst. Kleingew.	4 534	3 619	743	172	961	390	526	45	5 495	9,5	9,0	9,4
Baugewerbe	9 008	7 638	1 219	151	447	55	383	9	9 455	-3,0	1,8	-2,8
Produzierendes Gewerbe	56 617	38 282	17 687	648	12 843	7 513	5 189	141	69 460	4,6	6,1	4,9
Handel	7 931	2 679	5 076	176	5 898	912	4 788	198	13 829	7,3	7,9	7,6
Verkehr 3)	7 635	3 102	4 477	56	1 334	327	998	9	8 969	5,4	4,5	5,3
Handel und Verkehr	15 566	5 781	9 553	232	7 232	1 239	5 786	207	22 798	6,4	7,3	6,7
Öffentlicher Dienst 4)	19 596	2 541	17 006	49	7 009	964	6 007	38	26 605	7,5	7,4	7,5
Geld-, Bank-u. Vers.-wesen	2 863	84	2 729	50	1 911	114	1 759	38	4 774	9,0	10,1	9,4
Gaststättenwesen	838	463	356	19	916	533	375	8	1 754	7,9	7,9	7,9
Häusliche Dienste	6	-	6	-	840	518	311	11	846	.	6,1	6,1
Dienstleistungshandwerk 5)	460	345	105	10	1 266	956	258	52	1 726	12,7	12,1	12,3
Sonst. Dienstleistungen 6)	2 778	557	2 184	37	3 316	714	2 532	70	6 094	8,3	8,8	8,6
Dienstleistungen, gesamt	26 541	3 990	22 386	165	15 258	3 799	11 242	217	41 799	7,9	8,4	8,1
Insgesamt	99 555	48 659	49 822	1 074	35 593	12 772	22 247	574	135 148	5,7	7,3	6,2
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	1 435	1 423	2 613	372	1 032	1 068	1 667	333	1 313	6,6	6,9	6,7
Bergbau	2 422	2 213	3 923	400	2 143	1 667	2 333	.	2 414	2,3	.	2,5
Energiewirtschaft	2 658	2 505	3 183	389	2 174	1 556	2 392	.	2 606	7,7	7,1	7,7
Grundst.-u. Produktionsg.-I.	2 663	2 357	3 784	444	1 856	1 562	2 297	410	2 514	5,3	6,1	5,4
Investitionsgüter-Industrie	2 652	2 445	3 610	438	1 829	1 654	2 320	417	2 438	6,2	6,3	6,3
Verbrauchsgüter-Industrie	2 254	2 051	3 191	448	1 459	1 385	2 065	423	1 866	5,9	6,2	6,1
Nahrungs- u. Genußmittel-Ind.	2 456	2 157	3 189	400	1 498	1 297	2 104	333	2 114	4,2	4,6	4,3
Industrie, gesamt	2 572	2 334	3 556	437	1 677	1 502	2 250	414	2 313	5,7	6,2	5,8
Handwerk u. sonst. Kleingew.	1 679	1 900	2 315	363	1 169	1 250	1 381	349	1 560	6,7	6,6	6,7
Baugewerbe	2 234	2 319	3 386	399	1 656	1 528	1 824	375	2 198	3,8	6,3	3,8
Produzierendes Gewerbe	2 411	2 282	3 466	406	1 623	1 486	2 081	388	2 213	5,5	6,1	5,5
Handel	2 046	1 800	2 652	371	1 406	1 328	1 625	353	1 714	6,7	7,2	6,9
Verkehr 3)	2 229	2 072	2 500	406	1 793	1 329	2 105	375	2 151	6,4	6,7	6,5
Handel und Verkehr	2 132	1 937	2 578	379	1 465	1 328	1 692	354	1 863	6,5	7,0	6,6
Öffentlicher Dienst 4)	2 690	2 102	2 851	441	2 149	1 409	2 415	422	2 523	6,4	6,5	6,5
Geld-, Bank-u. Vers.-wesen	2 466	2 000	2 724	427	1 820	1 407	2 008	409	2 159	6,4	7,6	6,9
Gaststättenwesen	1 838	1 734	2 580	373	1 226	1 139	1 471	333	1 458	6,4	7,0	6,8
Häusliche Dienste	2 000	-	2 000	-	1 116	1 034	1 420	333	1 119	.	6,9	7,0
Dienstleistungshandwerk 5)	1 565	1 533	2 500	370	1 082	1 118	1 564	347	1 179	7,0	7,0	7,0
Sonst. Dienstleistungen 6)	2 253	1 838	2 600	411	1 375	1 253	1 523	389	1 672	6,2	6,8	6,5
Dienstleistungen, gesamt	2 544	1 950	2 802	417	1 624	1 203	1 985	381	2 109	6,3	6,7	6,4
Insgesamt	2 382	2 188	2 953	400	1 582	1 365	1 919	372	2 102	5,9	6,6	6,0

1) Einschl. Heimarbeiter.- 2) Einschl. Berlin (West).- 3) Einschl. Bundesbahn und -post.- 4) Einschl. Soldaten.- 5) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung.- 6) U.a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe.- 7) Abweichungen der Brutto- und -gehaltsumme von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung.



— unter dem Einfluß anhaltend restriktiver Einstellungspolitik der Bundesbahn und kaum steigender Nachfrage nach weiteren Arbeitskräften in den anderen Sektoren — zu unverminderten Einschränkungen des Personalstandes.

Ungebrochen fortgesetzt hat sich auch im Berichtsquartal die günstige Beschäftigungstendenz bei den Dienstleistungen: Vom zweiten zum dritten Quartal hat sich die saisonbereinigte Zahl der Beschäftigten um 19 000 erhöht. Allerdings hat sich in diesem Bereich das Tempo der Beschäftigtenexpansion seit Beginn dieses Jahres deutlich verlangsamt, und zwar sowohl im öffentlichen Sektor als auch in den privaten Dienstleistungsunternehmen. In Zukunft ist allerdings eher wieder mit einer verstärkten Nachfrage staatlicher Arbeitgeber nach Arbeitskräften zu rechnen.

Durchschnittseinkommen

Das tarifliche Niveau der Löhne und Gehälter ist 1977 als Folge der zu Beginn des Jahres abgeschlossenen Vereinbarungen um 6,5 bis 7,5 vH und damit stärker als im Vorjahr gestiegen. Im Durchschnitt ergaben sich im Berichtsquartal Tarifierhebungen gegenüber dem Vorjahr um 6,8 vH.

Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden
Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1975		1976				1977	
	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Industrie 1)	-0,5	+5,5	+3,4	+2,4	+2,5	+0,2	-2,0	-2,2
Bauhauptgew.	-0,3	-8,7	+1,8	-0,2	+0,1	+9,3	-1,0	-2,4

1) Betriebe mit 10 Beschäftigten und mehr, ab 1977 Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.

Der Anstieg der effektiven Vergütung je Beschäftigten hat sich dagegen von Quartal zu Quartal abgeschwächt. Im Berichtsquartal betrug die Zuwachsrates 6 vH. Dabei wurde die Lohndrift, also die Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate, für Arbeiter negativ (-1,9 vH); für Angestellte tendierte sie gegen Null. Die im Vorjahresvergleich erhöhte Kurzarbeit ist nur zu einem Teil für diese relativen Einkommenseinbußen verantwortlich gewesen; mehr dazu beigetragen hat der Abbau von Überstunden: Die für Industrie und Bauwirtschaft registrierte durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist im Berichtsquartal deutlich eingeschränkt worden.

Das Tempo der Einkommensexpansion war in den Bereichen im großen und ganzen ausgeglichen. Nur in drei Bereichen blieb der Zuwachs der individuellen Bruttoeinkommen deutlich unter dem Durchschnitt: Relativ gering waren die Lohnsteigerungen im Bergbau (+ 2,5 vH), in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (+ 4,3 vH) sowie in der Bauwirtschaft (+ 3,8 vH). Dieses Zurückbleiben war ein Effekt verkürzter Arbeitszeit. In den beiden erstgenannten Industriebereichen sank die durchschnittliche Arbeitszeit um 5,0 und 3,9 vH; in der Bauwirtschaft waren die effektiven durchschnittlichen Löhne der Bauarbeiter sogar niedriger als im zweiten Vierteljahr 1977.

Ausblick

Trotz der graduellen Besserung der konjunkturellen Entwicklung im vierten Quartal 1977 ist die Lage am Arbeitsmarkt labil geblieben. Die Beschäftigtenzahl ist saisonbereinigt sogar nochmals — schätzungsweise um 15 000 bis 20 000 — zurückgegangen. Der Beschäftigtenstand war damit wieder niedriger als zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Abnahme des Arbeitsvolumens — Beschäftigtenzahl und Arbeitszeit — hat zu einer weiteren Abschwächung der Expansion der Bruttolohn- und -gehaltssumme beigetragen, die im vierten Quartal das Niveau der entsprechenden Vorjahrszeit nur noch um 5,7 vH übertroffen haben dürfte.

Die jüngsten Arbeitslosenzahlen (Ende Januar über 1,2 Millionen) und die Entwicklung von Kurz-

Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen¹⁾ und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen²⁾

	1974			1975				1976				1977		
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit														
Arbeiter														
effektiv	11,2	11,7	12,5	8,2	5,8	5,9	6,5	6,1	8,3	7,9	8,3	7,6	6,9	5,3
tariflich 3)	11,4	12,1	12,0	10,6	9,3	7,9	7,3	5,1	5,7	5,5	5,6	6,9	6,8	7,2
Angestellte														
effektiv	12,6	13,0	12,2	9,5	8,7	6,6	7,3	6,3	6,4	7,1	7,5	7,2	7,2	6,5
tariflich 3)	11,1	11,9	12,0	10,1	8,5	7,4	7,1	4,5	5,5	5,6	5,5	6,5	6,6	6,5
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate														
Arbeiter	-0,2	-0,4	+0,5	-2,4	-3,5	-2,0	-0,8	+1,0	+2,6	+2,4	+2,7	+0,7	+0,1	-1,9
Angestellte	+1,5	+1,1	+0,2	-0,6	+0,2	-0,8	+0,2	+1,8	+0,9	+1,5	+2,0	+0,7	+0,6	0,0

1) Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne.- 2) Industrie, Baugewerbe, Handel, Verkehr und öffentlicher Dienst; bei den Angestellten zusätzlich Geld-, Bank- und Versicherungswesen.- 3) Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres.

arbeit (Ende Januar 251 000) und offenen Stellen zeigen, daß eine durchgreifende Veränderung der Situation am Arbeitsmarkt in nächster Zeit nicht erwartet werden kann. Anzeichen für eine Verstärkung der Nachfrage nach Arbeitskräften sind nicht zu erkennen. Vieles spricht dafür, daß die Bemühungen der wirtschaftspolitischen Instanzen um die Verbesserung der Beschäftigungslage nur einen relativen Erfolg haben werden: Die Zahl der Arbeitslosen wird 1978 weniger steigen als ohne diese Maßnahmen. Negativ auf die Beschäftigtenentwicklung wirkt jetzt insbesondere die Dämpfung des Exportanstiegs.

Bei der erwarteten Zunahme des Sozialprodukts um etwa 3 vH wird sich die Beschäftigung von Arbeitnehmern in der Gesamtwirtschaft im Jahr 1978 allenfalls dann geringfügig erhöhen, wenn vermehrt Arbeitsplätze im staatlichen Bereich angeboten werden.

Im Schatten der Hypothek anhaltend hoher Arbeitslosigkeit sowie gespaltener Branchenkonjunkturen sind die Verhandlungen über neue Tarif-

abschlüsse der Lohnrunde 1978 ins Stocken, wenn nicht sogar in eine Sackgasse geraten. Mit den Vereinbarungen über die Lohnaufbesserungen der Hafenarbeiter (+ 7 vH) wurden die laufenden Tarifverhandlungen in den übrigen Bereichen eher zusätzlich erschwert, obwohl – wie ausdrücklich von den Tarifparteien betont – dieser Abschluß nicht als Leitlinie für andere angesehen werden soll. Gesamtwirtschaftlich vertretbare Abschlüsse sollten allerdings nicht nur aufgrund dieses Hinweises auf die besonderen Verhältnisse im Bereiche der Hafendienste erreichbar sein. Beitragen müßte auch, daß wegen der Steuerentlastungen der Nettoeffekt von Bruttolohnsteigerungen in diesem Jahr sehr hoch ausfällt² und außerdem der reale Kaufkrafteffekt angesichts der im Januar unerwartet niedrigen Inflationsrate eher noch günstiger sein wird als noch vor kurzem angenommen.

² Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung / Bundesrepublik Deutschland: Ein neuer Anlauf zu konjunktureller Expansion. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 3-4/1978, S. 51.

Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen
Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1975	1976	1977 ¹⁾	1975		1976				1977			
				III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV ¹⁾
Beschäftigung	-3,5	-0,5	0,3	-3,6	-3,0	-1,9	-0,7	0,1	0,7	0,7	0,4	0,1	-0,2
Bruttolöhne und -gehälter	3,5	6,5	6,7	2,4	3,6	4,3	5,7	7,2	8,3	7,7	7,4	6,2	5,7
Durchschnittseinkommen	7,2	7,0	6,4	6,2	6,8	6,3	6,5	7,1	7,5	6,9	7,0	6,0	5,8

1) Schätzung.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit Mitte 1975 sind erschienen:

- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland — Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von D. Cornelsen, H. Machowski und K. E. Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von H. Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.

Im Druck:

- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Kostendämpfung im Gesundheitswesen auch ohne Gesetz? bearbeitet von Peter Rosenberg. —

Keine Besserung der Lage am Arbeitsmarkt bearbeitet von Gerhard Göseke.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36. Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.